

# Bieler Stadtrat spricht sich für Baurecht aus

**Agglolac** Der Bieler Stadtrat hat sich für die Baurechts-Motion ausgesprochen und damit ein politisches Zeichen gegen den Verkauf des Agglolac-Perimeters gesetzt. Am weiteren Projektverlauf ändert dies im Moment allerdings nichts.

Lino Schaeeren

Zweimal wurde die überparteiliche Motion im Bieler Stadtrat auf die nächste Sitzung verschoben, die eine Abgabe des Agglolac-Landes am Nidauer Seeufer im Baurecht fordert. Im September, weil sich die Motionäre nicht einig wurden, ob der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wird. Um die Frage zu klären, ob der Erstunterzeichnende Reto Gugger (BDP, für eine Umwandlung in ein Postulat) oder die Mehrheit der Motionäre (für das Festhalten an der Motion) diesen Entscheid fällt, gab die Stadt ein Gutachten in Auftrag. Dieses lag im Oktober vor, dafür war nun der Stadtrat mit den Geschäften überlastet. Gestern konnte die Motion endlich behandelt werden – und das Resultat ist klar: Der grössere Teil der Motionäre

**«Ich lasse mir nicht vorwerfen, nicht ehrlich zu sein.»**

SP-Fraktionspräsidentin Dana Augsburg-Brom

näre konnte gemäss der Empfehlung des Gutachtens entscheiden, an der Motion festzuhalten, eine Mehrheit der Ratslinken hat sich dann zusammen mit der SVP für das Baurecht ausgesprochen.

Dem Entscheid ging eine andertalbstündige Diskussion voraus, die teils emotional geführt wurde. Die Juso warnte die Bürgerlichen davor, dass es nur ein Agglolac-ge-

ben werde mit einer Lösung, die eine 100-prozentige Abgabe des ehemaligen Expo-Areals im Baurecht vorsehe. «Alles andere wird an der Urne abgelehnt.» Und Dana Augsburg-Brom machte für die SP klar, dass man sich schon rein aus ideologischen Gründen hinter die Baurechts-Motion stelle, «das Baurecht gehört zu unseren Grundsätzen, wir wollen also ganz grundsätzlich kein Bauland verkaufen.»

## Erster Wink von Mobimo

Diese Haltung wiederum brachte etwa Sandra Gurtner-Oesch (GLP) auf die Palme, «ein Gross-Teil der Motionäre ist nicht einfach für eine Lösung im Baurecht, sondern grundsätzlich gegen das Projekt», warf sie den Vorstossverfassern vor. «Mit dieser Motion will man ein Projekt, das über Jahre Kosten verursacht hat, abschliessen, ohne die Fakten zu kennen», sagte sie.

Sie stellte sich damit hinter den Vorschlag des Gemeinderats, die Motion in einen Prüfungsauftrag umzuwandeln, um dann zu einem späteren Zeitpunkt die Varianten Baurecht und Landverkauf gegenüberzustellen. Die Stadregierung hatte in der Vorstossantwort darauf hingewiesen, dass es die finanziellen Auswirkungen und damit etwaige nötige Anpassungen an der geplanten öffentlichen Infrastruktur einer Baurechtslösung eingehend zu prüfen gelte (das BT berichtete).

Stadtpräsident Erich Fehr (SP) sagte, er könne die Baurechtsdiskussion verstehen, «sie macht auch Sinn». Schliesslich spüre auch die Projektgesellschaft, die sich aus den Städten Biel und Nidau sowie der privaten Investorin

Mobimo AG zusammensetzt, dass sich die Stimmung in den Jahren seit der Verabschiedung der Planungsvereinbarung gewandelt habe. Die Projektgesellschaft habe deshalb vor einem Monat beschlossen, von sich aus eine Baurechtsvariante auszuarbeiten,

Fehr sagte diesbezüglich gestern, dass die Ausschreibung für einen Mandatsträger, der die Variante ausarbeiten wird, inzwischen bereit liege. Die Offensive der Projektgesellschaft, mit der Baurechts-Motion vor Augen selber in dieser Angelegenheit aktiv zu werden, hatte Mobimo erstmals einen Wink gegeben, allenfalls bereit zu sein, das Überbauungsprojekt auch in einer Baurechtslösung zu realisieren.

## Schulterschluss war nötig

Fehr forderte gestern im Rat aber auch, dass man doch bitte ehrlich sein solle, wenn man gegen Agglolac sei. «Wer rein aus taktischen Gründen einen Weg vorschlägt, den er eigentlich gar nicht gehen will, der handelt nicht redlich gegenüber dem Gemeinderat, gegenüber der Investorin und gegenüber der Bevölkerung.» Darauf reagierte SP-Fraktionspräsidentin Augsburg-Brom forschend, dies, so sagte sie, sei eine Unterstellung. «Ich lasse mir nicht vorwerfen, nicht ehrlich zu sein.»

Dabei richtete Fehr seine mahnenden Worte wohl gar nicht an die Gruppe der Motionäre, sondern in erster Linie an die Fraktion SVP/Die Eidgenossen. Diese unterstützte die Motion – bei zwei Enthaltungen – klar, allerdings eben nicht, weil sie plötzlich eine grosse Verfechterin von Baurechtslösungen wäre. «Wir machen aus anderen Gründen mit

als die anderen Parteien», sagte denn Sandra Schneider (SVP) auch. Die SVP stellt sich grundsätzlich gegen das vorgesehene Projekt – zum einen, weil sie es als überdimensioniert empfinden, aber offenbar auch, so war es gestern in der Debatte zu vernehmen, weil die künftigen Bewohner des Agglolac-Quartiers einzig in Nidau Steuern zahlen würden.

Die Zusammenarbeit mit der SVP war in dieser Baurechtsfrage für die Mehrheit der Ratslinken

**«Mit dieser Motion will man ein Projekt abschliessen, ohne die Fakten zu kennen.»**

Sandra Gurtner-Oesch (GLP)

denn auch nötig, da sich die PSR-Fraktion nicht etwa enthielt, sondern sich in der Abstimmung zusammen mit FDP, PRR und EVP/BDP gegen ihre Parteikollegen von der Fraktion SP/Juso aussprach. Schliesslich reichte es den Motionären aber mit einer komfortablen Mehrheit.

Doch was bedeutet dieser Entscheid nun für die Zukunft des Projekts? Schliesslich wurde die Baurechts-Motion im Nidauer Stadtrat vor zwei Monaten klar abgelehnt, Nidau hält also weiterhin an der Verkaufslösung fest. Allerdings sieht die Realität auch in Biel nicht so aus, dass der Gemein-

derat nun einzig die Baurechtslösung vorantreiben müsste. Denn dass die Motion gestern überwiesen wurde, bedeutet nicht gleichzeitig, dass die Planungsvereinbarung zwischen Biel, Nidau und Mobimo ausser Kraft gesetzt wird. Diese wurde im Jahr 2013 durch die Parlamente von Biel und Nidau genehmigt und sieht einen Landverkauf an Mobimo vor. Tatsache ist nun, dass es in Biel seit gestern zwei sich grundlegend widersprechende Entscheide gibt, die beide Gültigkeit haben.

## Vorgehen bleibt dasselbe

«Wir haben derzeit eine formelle Pattsituation» sagte Fehr nach der Abstimmung. «Diese muss derzeit nicht aufgelöst werden.» Dass die Motion überwiesen wurde, sei der zu erwartende Entscheid gewesen, «den die Projektgesellschaft antizipiert hat». Dies mit dem eigenen Vorschlag, das Baurecht zumindest parallel voranzutreiben. Die Motion ändere am weiteren Vorgehen vorerst nichts. Die Motion ist in erster Linie ein politisches Zeichen, allerdings ein deutliches. Es ist ein Signal aus Biel, nach dem es auch in Nidau bereits gesetzt wurde: Die Agglolac-Kritiker legten bekanntlich bei den Wahlen in Nidau kräftig zu, während die Befürworter einer Verkaufslösung bös unterdurch mussten.

Die Projektgesellschaft plant nun, den beiden Parlamenten zwei Varianten vorzulegen. Eine mit Baurecht, eine mit Landverkauf. Wie ein Entscheid fällt, dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Entweder der Stadtrat befürwortet eine Variante. Es wäre aber auch denkbar, dass dem Stimmvolk beide Varianten vorgelegt werden.

## Einzelne Ideen, aber keine Vision

**Biel** Der Bericht zum partizipativen Prozess «Stadtidee» liegt vor. Er enthält zwar einige Anregungen für die Zukunft von Biel, die Vision für die Stadt, wie sie ursprünglich angekündigt wurde, enthält das Papier allerdings nicht.

Biel hat gestern den Bericht zum partizipativen Prozess «Stadtidee» veröffentlicht, welcher im vergangenen Sommer durchgeführt wurde. Die «Stadtidee» sollte eine Vision der Bieler Bevölkerung aufzeigen, wie die Stadt in Zukunft aussehen soll. Diese Vision, so der Plan, sollte als Grundlage dienen für die «Strategische Vision 2030» des Gemeinderats, welche wiederum in engem Zusammenhang steht mit der Totalrevision der Bieler Stadtordnung, die derzeit läuft.

Allerdings war nach der abschliessenden «Denkfabrik» im August kein wirkliches Zukunftsbild erkennbar – und auch die Stadt scheint die Ergebnisse eher ernüchtert zu betrachten. So heisst es in der gestern verschickten Mitteilung einleitend zwar, dass sich über 100 Bieler am Prozess «Stadtidee» beteiligt hätten. Da sich diese Teilnehmerzahl allerdings auf die insgesamt vier Workshops verteile, stand die Frage nach der Legitimation dieses partizipativen Projekts bereits im Sommer im Raum. In der Mitteilung ist denn auch keine Rede mehr von einer Vision, sondern von formulierten Ideen zur Stadt, «die einerseits das Wesen und den Charakter und andererseits die Entwicklungsschwerpunkte betreffen».

Die Stadt zeigt sich auch selbstkritisch, schreibt, dass sich die Behörden und die Organisatoren, die Sanu Future Learning SA, bewusst seien, «dass die Mitwirkung begrenzt war». Man werde diese Erfahrung in den nächsten derartigen Prozess einfließen lassen, heisst es weiter, «insbesondere im Rahmen des Dialogs mit der Bevölkerung zur Revision der Stadtordnung, der im Frühjahr 2018 stattfinden soll». Gemeinderat und Stadtparlament planen, die Bevölkerung in die Ausarbeitung der neuen Bieler Verfassung aktiv mit einzubeziehen.

Die Arbeiten haben in Arbeitsgruppen im Frühjahr begonnen, die Totalrevision der Stadtordnung ist allerdings ein Projekt, welches insgesamt vier Jahre in Anspruch nehmen soll. Die neue Stadtordnung, so der Plan, wird auf die Legislatur 2021-2024 in Kraft treten. Die «Politische Strategie 2030» des Gemeinderats wird dann allerdings längst vorliegen. Ob Ideen aus der «Stadtidee» in diese einfließen, wird sich zeigen. *lsg*

## Nachrichten

### Lyss Zwei Verletzte auf der Autostrasse A6

Am Mittwochabend sind auf der Autostrasse A6 zwischen den Einfahrten Lyss-Süd und Lyss-Nord, in der Nähe der Kartbahn, drei in Richtung Biel fahrende Personenwagen zusammenge-stossen. Mit zwei Ambulanzen mussten eine 24- und eine 29-jährige Frau ins Spitalzentrum Biel gefahren werden. Eine Fahrbahn wurde für längere Zeit gesperrt. Wegen des auslaufenden Benzins wurde die Bieler Feuerwehr aufgerufen. Die Höhe des Sachschadens wird auf 30 000 Franken geschätzt. *usb*

## Ein Mann sitzt in Haft

**Suberg** Am Mittwoch ist in Grossaffoltern ein Ehepaar zuhause tot aufgefunden worden. Laut der Polizei ist der Täter nicht ins Haus eingebrochen.

Die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Tötungsdelikt in Suberg laufen auf Hochtouren: Gestern Morgen hat die Kantonspolizei Bern einen 23-jährigen Tatverdächtigen angehalten, der seither in Haft sitzt. Die Ermittler geben sich allerdings vorsichtig: «Ob und inwiefern der junge Mann eine Rolle im Zusammenhang mit der Tat spielt, ist nun Gegenstand der Abklärungen», heisst es.

Am Mittwoch sind in einem Einfamilienhaus am Brandholzweg in Suberg ein 65-jähriger Schweizer und seine Frau, eine 61-jährige Schweizerin, tot aufgefunden worden (das BT berichtete). Schnell wurde bekannt: Das Ehepaar ist Opfer eines Gewaltverbrechens geworden.

### Polizei versucht Bevölkerung zu beruhigen

Gestern nun liess die Polizei verlauten, dass nach Auswertung der ersten Spuren nichts darauf hindeutet, dass ins Einfamilienhaus eingebrochen wurde. Kam der Täter also durch die Haustüre? «Ein Einbruch steht im Zusammenhang mit dem Tötungsdelikt nicht im Vordergrund», sagt Polizeipre-



Die Polizei sagt, dass die Opfer keine Schussverletzungen aufwiesen. Frank Nordmann

cher Dominik Jäggi. Mit dieser Information will die Polizei die Bevölkerung beruhigen, die nicht davon ausgehen muss, dass ein gewalttätiger Einbrecher frei herumläuft.

Ein junger Mann sei nach umfangreichen Ermittlungen festgenommen worden. Laut Dominik Jäggi sind mehrere Hinweise aus der Bevölkerung eingegangen. «Wir gehen jedem Hinweis nach», sagt er weiter. Was aber genau zur Verhaftung geführt hat, will er aus

taktischen Gründen nicht sagen. Ist es Zufall, dass der Sohn der Familie gleich alt ist wie der Festgenommene? Auch dazu äussert sich die Polizei nicht. «Wer der Täter ist, ist Gegenstand der Ermittlungen. Für den Inhaftierten gilt zunächst die Unschuldsvermutung», so der Polizeiprecher.

Dominik Jäggi sagt, dass die Verstorbenen am Institut für Rechtsmedizin der Universität Bern untersucht werden. Dabei geht es darum, mehr über die Um-

stände, die zum Tod der beiden Personen geführt haben, zu erfahren. Eine Schusswaffe war offenbar nicht im Spiel: Jäggi sagt, dass der Mann und die Frau keine Schussverletzungen aufwiesen. «Weitere Angaben machen wir aber nicht dazu.»

Gestern Vormittag haben Beamte auf der Suche nach Hinweisen den Altkleider-Container beim Bahnhof Suberg/Grossaffoltern durchwühlt, wie der «Blick» schreibt. «Es ist üblich, dass man

auch ausserhalb des Tatortes Spurensucht», sagt Jäggi dazu.

Der Grossaffolterner Gemeinderat Andreas Arn spricht aus, was derzeit viele in der Gemeinde denken: «Weshalb ist das ausge-rechnet bei uns passiert?» Arn kannte die Familie zwar nicht persönlich, hört aber, was man sich derzeit immer wieder erzählt: «Es waren sehr freundliche Menschen mit sehr guten Familienverhältnissen.»

Die verstorbene Frau habe regelmässig als freiwillige Helferin in der Cafeteria im Alters- und Pflegeheim in Schüpfen gearbeitet. Eine Person also, die sich um ihre Mitmenschen kümmerte.

### Es werden weiterhin Hinweise aus der Bevölkerung gesucht

Die Ermittlungen zu den Tatumständen an der Täterschaft laufen unter der Leitung der Staatsanwaltschaft Berner Jura-Seeland und dem Dezernat Leib und Leben der Kapo Bern weiter. Auch zwei Tage nach dem Bekanntwerden des Tötungsdelikts sucht die Polizei weiterhin Zeugen. Wer verdächtige Beobachtungen gemacht hat oder sonstige sachdienliche Hinweise geben kann, wird gebeten, sich bei der Polizei zu melden. *Deborah Balmer*

Info: Zeugen melden sich bei der Kapo unter der Telefonnummer 032 344 51 11.

Das BT bleibt am Fall dran [www.bieler.tagblatt.ch/suberg](http://www.bieler.tagblatt.ch/suberg)